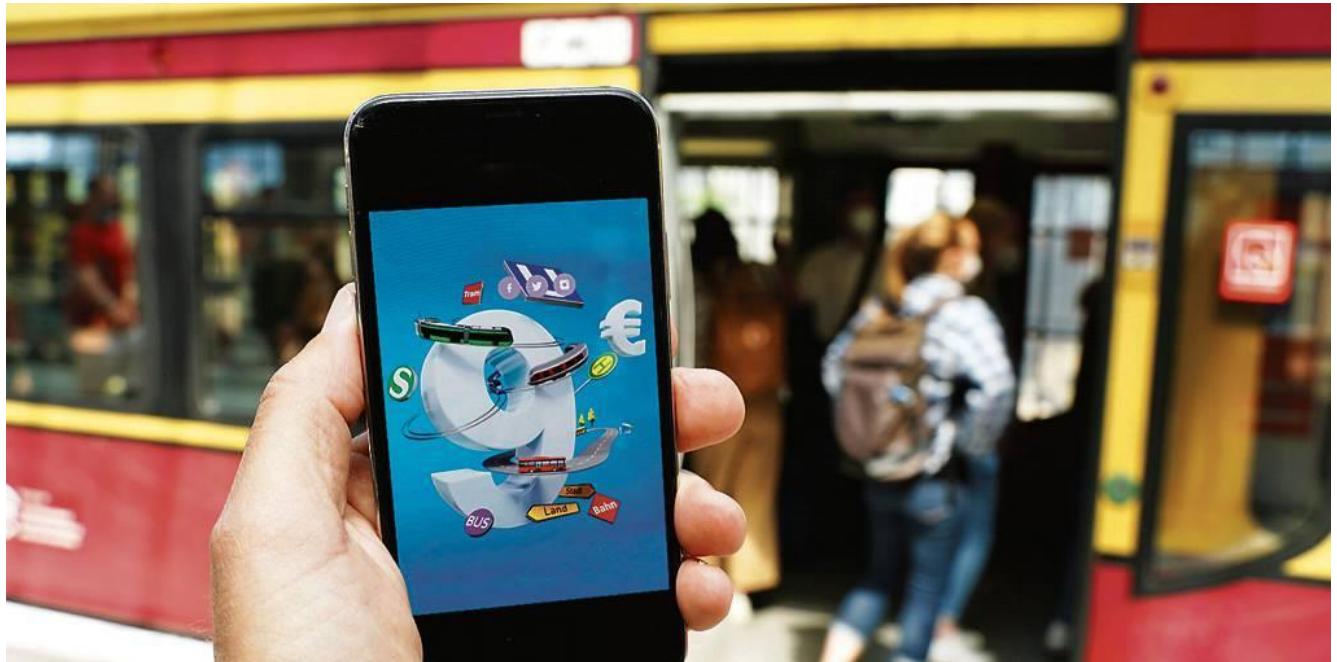


Bundesrat beschließt Neun-Euro-Ticket

ENTLASTUNGSPAKET - Zudem grünes Licht für Kinderbonus, Sofortzuschlag, Steuersenkungen – Ein Überblick



Auch bei der S-Bahn gilt die Aktion: Das Neun-Euro-Ticket soll im Juni, Juli und August bundesweit Fahrten im Nah- und Regionalverkehr ermöglichen. BILD: Carstensen

Jörg Ratzsch

BERLIN. Das Neun-Euro-Ticket kommt. Der Bundesrat hat am Freitag über zahlreiche Gesetzesvorhaben der Ampel-Koalition zur Entlastung der Bürger debattiert. Trotz Kritik an der Finanzierung stimmten die Bundesländer für das Ticket. Diese und andere Maßnahmen sollen finanzielle Erleichterungen im Bereich Steuern, Energie und Verkehr bringen sowie Familien und ärmere Menschen entlasten. Ein Überblick:

NEUN-EURO-TICKET

Im Juni, Juli und August können alle Bürger für neun Euro im Monat Busse und Bahnen nutzen. Der Verkauf der Billig-Monatstickets beginnt in diesen Tagen. Sie gelten im Nah- und Regionalverkehr, nicht in Fernverkehrszügen wie ICE, EC oder IC. Mit dem Neun-Euro-Ticket ist auch die Hoffnung verbunden, dass mehr Menschen vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen. Zur Finanzierung des günstigen Tickets stellt der Bund 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Den Ländern reicht das eigentlich nicht. Sie fordern auch eine dauerhaft höhere Unterstützung für den öffentlichen Nahverkehr. Die Länderkammer verabschiedete dazu eine Entschließung.

300 EURO ENERGIEPREISPAUSCHALE

Arbeitnehmer und Selbstständige bekommen 300 Euro zusätzlich wegen der gestiegenen Fahrtkosten zur Arbeit. Die sogenannte Energiepreispauschale soll im September oder Oktober mit dem Gehalt überwiesen werden. Selbstständige sollen die Pauschale bei der Steuervorauszahlung im September abziehen können.

STEUERSENKUNGEN

Rückwirkend zum 1. Januar wird der Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer um 363 auf 10 347 Euro angehoben, die Pendlerpauschale für einen Arbeitsweg ab 21 Kilometern steigt von 35 auf 38 Cent pro Kilometer und die Werbungskostenpauschale wird von 1000 auf 1200 Euro erhöht. Diese Änderungen haben zur Folge, dass weniger Steuern vom Einkommen abgezogen werden.

SPRITPREISSENKUNG

Parallel zum Neun-Euro-Ticket sollen die extrem gestiegenen Spritpreise von Juni bis August durch eine Senkung der Energiesteuer gedrückt werden. Benzin könnte damit um rund 35 Cent pro Liter billiger werden, Diesel um 17 Cent.

KINDERBONUS

Für jedes Kind, für das Kindergeld gezahlt wird, soll es einen 100-Euro-Kinderbonus geben. Solche Zusatzzahlungen gab es bereits in den Corona-Jahren 2020 und 2021. Die Auszahlung läuft automatisch und kommt voraussichtlich im Juli.

STROMPREISENTLASTUNG

Nach mehr als 20 Jahren fällt die sogenannte EEG-Umlage ab Juli weg. Sie wurde im Jahr 2000 eingeführt, um die Förderung von Wind- oder Solaranlagen zu finanzieren. Kunden zahlen die Umlage über die Stromrechnung. Sie beträgt momentan noch 3,72 Cent pro Kilowattstunde. Experten erwarten durch die Abschaffung zwar kein Sinken der Strompreise, aber zumindest eine Dämpfung des starken Anstiegs.

MEHR GELD FÜR BEDÜRFTIGE

Wer auf Finanz-Hilfe angewiesen ist, bekommt mehr Geld: Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II erhalten im Juli eine Einmalzahlung von 200 Euro, für Kinder in ärmeren Familien erhöhen sich die monatlichen Zahlungen um 20 Euro. Einmal 100 Euro erhalten auch Arbeitslosengeld-I-Empfänger.

Energiesicherung

Die Länderkammer stimmte außerdem zwei Gesetzen zur Energiesicherung zu. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte, sie können „in ihrer Bedeutsamkeit nicht überschätzt werden“. Hintergrund ist der russische Angriff auf die Ukraine. Per Gesetz soll der Bau schwimmender und fester Flüssiggas-Terminals beschleunigt werden, indem Genehmigungsbehörden bestimmte Verfahrensschritte, besonders bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, auslassen können. Eine Reform des Energiesicherungsgesetzes sieht zudem vor, dass der Staat leichter auf Energieunternehmen zugreifen kann, wenn erhebliche Engpässe bei der Versorgung drohen. Als letztes Mittel wird die Möglichkeit einer Enteignung geschaffen.